Osterreichs Liebe zum Absurden in der Sicherheitspolitik

Gastkommentar. Es ist schon mehr als überfällig. das Ende der Neutralität zu verkünden.

VON ERICH REITER

ie Debatte über die Wehrpflicht hat sich ausgeweitet und wurde zu einer umfassenden über den ganzen Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Das ist im Prinzip auch gut so, denn Fragen des Wehrsystems sollen logische Ableitungen aus den Aufgabenstellungen der Streitkräfte sein und diese wiederum ein Ergebnis der sicherheitspolitischen Analyse.

So ist es zu begrüßen, wenn Bundes- wie Landespolitiker eifrig Wortspenden in die Bundesheerdebatte einbringen und diese "bereichern". Schließlich ist unsere Neutralität eine nach wie vor un-

bewältigte Altlast.

Debatten über Sicherheitsund Verteidigungspolitik unserer politischen "Elite" haben sich nie durch besondere Realitätsnähe oder Intellektualität ausgezeichnet. Heute aber hat das Hin- und Hergetrickse der beiden Regierungsparteien ein Niveau erreicht, für das der Ausdruck "dümmlich-provinziell" noch ein Kompliment ist.

Mit etwas Ironie könnte man zwei Kernaussagen konstatieren. Erstens: Die Nato ist anerkannt der Garant der Sicherheit der europäischen Länder. Solange das Militärbündnis funktioniert, ist Europa militärisch nicht bedroht - auch nicht von dem im Machtabstieg befindlichen Russland. Die Nato dient deshalb auch der Sicherheit Österreichs. Ergo: Wir werden der Nato nicht beitreten.

Festhalten an der Schimäre

Zweitens: Die Neutralität ist längst ausgehöhlt und in der EU nicht mehr aufrechtzuerhalten. Sie hat ihre seinerzeitige Funktion in der Zeit des Kalten Krieges schon längst verloren und ist nur mehr eine Schimäre. Ergo: Deshalb behalten wir sie bei.

Die Liebe zum Absurden hat die Politik offenbar weitgehend vereinnahmt. Der eine Sozialist meint, dass militärische Kooperation mit unseren Nachbarländern (außer der Schweiz und Liechtenstein sind alle Nato-Mitglieder) gut

litärische Aufgaben teilen und im Bedarfsfall zusammenarbeiten. Das sei natürlich (!) kein Widerspruch zur Neutralität.

Der andere Sozialist ergänzt, dass wir als neutraler Staat kein Trittbrettfahrer seien, da wir uns doch an den "Battle Groups" der EU beteiligen. (Diese "Battle Groups" sind gemeinsame Kampfverbände mehrerer EU-Länder für gemeinsame Kampfeinsätze außerhalb der EU.) Außerdem nehmen wir die gemeinsame Sicherheitsund Verteidigungspolitik der EU sehr ernst. Unser Status als Neutraler werde davon nicht berührt.

Tauschgeschäft mit Moskau

Daraufhin spöttelt ein ÖVPler, die SPÖ gedenke offenbar, die Neutralität aufzugeben und der Nato beizutreten. Ein anderer ÖVPler ergänzt aber gleich, dass seine Partei nicht bereit sei, die Neutralität "zu

Das war vor einiger Zeit etwas anders. Da wollten die ÖVP (und die FPÖ) in die Nato, und die SPÖ (und die Grünen) waren dagegen. Jetzt schützen ÖVP und FPÖ die Neutralität. Und der Verteidigungsminister springt ihnen bei und erklärt, dass er die Neutralität garantiere. Das hat er übrigens vor einigen Monaten auch bezüglich der Wehrpflicht getan und sich inzwischen zum Vorkämpfer für deren Abschaffung gemausert.

Der Status der (dauernden) Neutralität soll den Neutralen davor schützen, in Kriege hineingezogen zu werden. Er stammt aus einer Zeit, als das Völkerrecht den Krieg noch als legitimes Mittel ansah. Der Neutrale muss sich desentsprechend verhalten, sodass er im Kriegsfall imstande ist, auch tatsächlich neutral zu bleiben. Dazu gilt es, verschiedene Vorsorgen zu treffen, die das auch glaubhaft machen. Er darf keinem Bündnis angehören, muss eigenständige Handlungsfähigkeit bewahren und die Fähigkeit besitzen, sein Territorium selbst zu schützen.

Seit es die UNO gibt, besteht ein allgemeines Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen. Neutralität bringt also keine privi-

DIE EUROFIGHT GEZEIGT, DASS IM PARTEIENFINAN OHNE NEW MÖGLICH KUEn

auch zum Zeitpunkt unserer Neutralitätserklärung 1955 schon so. Unsere Neutralität war kein sicherheitspolitisches Konzept. Sie war vielmehr ein Zugeständnis an die damalige Sowjetunion, gleichsam ein Kaufpreis für die Unabhängigkeit und den Abzug der Sowjettruppen. Österreich sollte dem westlichen Bündnis der Nato nicht angehören dürfen.

Ein ideologisches Vehikel

Heute gehören nicht nur alle ehemaligen Satellitenstaaten der Sowjetunion in Osteuropa, sondern auch drei ehemalige sowjetische Teilrepubliken der Nato an. Russland hat enge Beziehungen zur Nato, und manche russischen Si-

cherl

laut i

ren s Konf dert. völlig nen noch links verw flekti derje ellen rung

dass ten auch hätte lich (feier anso Lanc stärk

tik d Ansa tens Milit Volk auch den und bei zum dung

Zur Person



Hon.-Prof. DDr. Erich Reiter (*13.7. 1944) ist Präsident des Internationalen Instituts für Liberale Politik Wien. Zuvor

war er Beauftragter des Verteidigungsministeriums für strategische Studien und Leiter von dessen Präsidial- und Rechtssektion. Er war mehrere Jahre Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates. Zahlreiche Publikationen zu sicherheitspolitischen Fragen. [BMLV]



auch zum Zeitpunkt unserer Neutralitätserklärung 1955 schon so. Unsere Neutralität war kein sicherheitspolitisches Konzept. Sie war vielmehr ein Zugeständnis an die damalige Sowjetunion, gleichsam ein Kaufpreis für die Unabhängigkeit und den Abzug der Sowjettruppen. Österreich sollte dem westlichen Bündnis der Nato nicht angehören dürfen.

Ein ideologisches Vehikel

tei

zu

ras

nd

PÖ

en.

lie

di-

pei

tät

or

ch

in-

le-

en)

la-

20-

ius

en

ın-

es-

en,

ist,

en.

ıb-

ıd-

ige.

nd

to-

eht

in

en.

vi-

var

Heute gehören nicht nur alle ehemaligen Satellitenstaaten der Sowjetunion in Osteuropa, sondern auch drei ehemalige sowjetische Teilrepubliken der Nato an. Russland hat enge Beziehungen zur Nato, und manche russischen Si-

Zur Person



Hon.-Prof. DDr. Erich Reiter (*13.7. 1944) ist Präsident des Internationalen Instituts für Liberale Politik Wien. Zuvor

war er Beauftragter des Verteidigungsministeriums für strategische Studien und Leiter von dessen Präsidial- und Rechtssektion. Er war mehrere Jahre Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates, Zahlreiche Publikationen zu sicherheitspolitischen Fragen. cherheitspolitiker denken bereits laut über einen Beitritt nach.

Europa hat sich in den 22 Jahren seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation vollständig verändert. Österreichs Neutralität ist völlig bedeutungslos, sie hat keinen Inhalt mehr. Sie ist einerseits noch ein ideologisches Vehikel linksträumerischer Wirklichkeitsverweigerung, andererseits unreflektiertes Traditionsverständnis derjenigen, die sich mit den aktuellen und künftigen Herausforderungen nicht befassen (wollen).

Muss man noch erwähnen, dass Österreich in der Zeit des Kalten Krieges, als die Neutralität auch sicherheitspolitischen Sinn hätte vermitteln können, nie wirklich ernst genommen, sondern nur feierlich beschworen wurde? Denn ansonsten hätte man die eigene Landesverteidigung wesentlich stärker aufstellen müssen.

Österreichs Verteidigungspolitik der Zweiten Republik ist eine Ansammlung unwürdigen Verhaltens der Politik gegenüber dem Militär, aber auch gegenüber dem Volk. Das Bundesheer war nie auch nur annähernd in der Lage, den theoretischen Anforderungen und Aufgaben zu entsprechen. Dabei gab es in Teilbereichen, wie zum Beispiel der Infanterieausbildung, hervorragende Standards. Der Verteidigungshaushalt war

derart gering, dass auch die nötigste Ausrüstung und Bewaffnung nicht vorhanden war. Der Bevölkerung spielt man bis heute ein für alles gerüstetes Heer vor. Aber: entweder ein Heer, das seine – vorher definierten – militärischen Leistungen erbringen kann, oder besser gar keins.

Kleinstaaten sind schon längst finanziell und technologisch nicht mehr imstande, alle modernen militärischen Fähigkeiten eigenständig zu erbringen. Deshalb wäre es höchst an der Zeit, militärisch mit anderen Ländern zu kooperieren, insbesondere mit den Nachbarn. Das kann realistischerweise nur über die Nato erfolgen.

Lächerliches Weiterwursteln

Auch der Zugang zu heute erforderlichen, hoch entwickelten militärischen Schlüsseltechnologien ist nur über die Nato möglich. Anstatt des geradezu lächerlichen Weiterwurstelns in der Verteidigungspolitik wäre es daher angebracht, über den Bündnisbeitritt nachzudenken – oder dem Volk offen zu sagen, dass wir bei der symbolischen Verteidigungspolitik, bei der Schimäre bleiben wollen.

Herzlichen Dank daher jenen, die diese neuerliche Debatte über die Neutralität ausgelöst haben.

E-Mails an:

debatte@diepresse.com